

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 27 38. Jg.

3. Juli 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Eisasserstraße 86-88 III, Redaktions-
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 2263
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24, Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 3-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - **Zuschriften an die Expedition erbeten.** **Postverlagsort Schkeuditz.**

Kampf dem Wucherzoll!

Die Barone von Schlot und Halm planen einen schamlosen Raubzug auf die Taschen der Minderbemittelten. Mit Hilfe der kleinen Zollvorlage, die von der Rechtsregierung Luther, Schiele & Co. eingebracht worden ist und durch den Reichstag im Eilzugstempo bis zum 18. Juli verabschiedet werden soll, will man erneut der Arbeiterschaft das Fell über die Ohren ziehen. Mindestzölle sollen besonders auf Getreide gelegt werden. Aber auch Kartoffeln und Fleisch sollen durch die Zölle verteuert werden, um den Agrariern die Taschen zu füllen. Solches Tun ist unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen. Dem Zollwucher ist deshalb der schärfste Kampf anzusagen. Jeder klassenbewußte Gewerkschafter hat sich unbedingt mit in die Kämpferschar einzureihen, denn schon jetzt lassen die Unternehmer wissen, daß sie keinen Lohnausgleich für die verteuerte Lebenshaltung gewähren wollen. Schutz der Arbeitskraft, des höchsten Gutes des deutschen Volkes, muß aber Aufgabe der deutschen Wirtschaft sein. Es ist deshalb insbesondere zu fordern:

Zollfreiheit für alle industriellen Rohstoffe, Halbzeuge und notwendigen Bedarfsgegenstände, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen Lebensmittel, besonders Mehl und Kartoffeln, Schlachtvieh und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel.

**Stärkt die Kampfreihen der Schutzzollgegner!
Nieder mit dem Wucherzoll!
Für Schutz der Arbeitskraft!**

Der graphische Industrie- verband.

Nachdem die Anträge, die den Verhandlungen des Kölner Verbandstages Gerippe sind, durch das Verbandsorgan der Kollegenschaft zur Kenntnis gebracht wurden, wäre es eigentlich unsere Pflicht, kurz und summarisch zu den gestellten Anträgen Stellung zu nehmen und das Wichtige vom weniger Wichtigen zu scheiden. Doch das dürften die Kollegen in ihren kommenden Zusammenkünften schon aus eigenem tun, so daß wir nur auf einige besondere Anträge zurückzukommen brauchen, die nicht zwingen, die Betrachtungen über das Organisationsproblem zu unterbrechen. Denn neben dem Organisationsproblem für die freien Gewerkschaften schlechthin, gibt es auch ein Organisationsproblem für die vier graphischen Verbände, das nach einer Lösung drängt, obwohl es nicht von allen arbeitenden Angehörigen des graphischen Gewerbes so gesehen wird. Aber die Tatsache, daß es einen Graphischen Bund gibt, der nach seinen Satzungen die Aufgabe hat, die Schaffung eines graphischen Industrieverbandes in die Wege zu leiten, ist mehr Beweis für die gegebene Problemstellung als ihre Verneinung.

Wenn anlässlich unseres Kölner Verbandstages die Frage aufgeworfen und in Anträgen dazu Stellung genommen wird: Was hat der Graphische Bund seit Nürnberg getan, um dem graphischen Industrieverband die Wege zu ebnen?, so kann man antworten: nicht viel und doch viel! Während der Inflationszeit war zwar eine besonders rege Zusammenarbeit der vier graphischen Verbände zu verzeichnen, um die notwendig zu führenden Lohnverhandlungen von einheitlichen Gesichtspunkten aus leiten zu lassen. Nicht zuletzt die zumeist einheitlich gestellten Lohnforderungen der vier graphischen Verbände dürften Veranlassung gewesen sein, im Unternehmerlager eine Geneigtheit für die Festsetzung eines einheitlichen Spitzenlohnes zu wecken. Aber mit der Stabilisierung der deutschen Währung starb auch die Geneigtheit der Unternehmer ab, tariflich zu größerer Einheit zu kommen, da im Graphischen Bund selbst nicht viel Neigung dazu vorhanden war. Denn eine größere Einheitlichkeit besonders der Arbeitsbedingungen hätte auch eine Einheitlichkeit des Organisationsgefüges zur Bedingung gehabt. Dieses einheitliche Organisationsgefüge wollen aber die Kollegen vom Buchdruck jetzt noch nicht. Die im November 1922 durchgeführte Urabstimmung im Buchdruckerverbande darüber, ob die Mitglieder im Prinzip für den Zusammenschluß der vier graphischen Verbände seien, ergab bekanntlich eine Ablehnung im Stimmenverhältnis von 3 zu 2. Kein Wunder ist es deshalb, wenn nach einem solchen Ergebnis einer solchen Urabstimmung im Graphischen Bund eine Erörterung des Zusammenschlußgedankens längere Zeit unterließ. Denn die Dinge liegen vorläufig noch in keinem der vier graphischen Verbände so, daß ohne Zusammen-

schluß nicht weiter zu kommen wäre. Ganz bestimmt aber ist unser Verband, der immer dem Zusammenschluß in wärmster Weise das Wort geredet und auch entsprechende Anregungen im Graphischen Bunde gegeben hat, zur nachdrücklichen Vertretung der Kollegeninteressen von der Existenz des graphischen Industrieverbandes nicht abhängig. Wenn wir für den graphischen Industrieverband eintreten, lassen wir uns nur von dem Gedanken leiten, daß die Tendenzen der Entwicklung zum Industrieverband hindrängen und fortschrittlich gesinnte Menschen die Pflicht haben, der Entwicklung die Wege zu bereiten. Die gleiche Aufgabe war ja auch in rechter Erkenntnis dem Sekretariat des Graphischen Bundes übertragen, dessen besoldeter Sekretär bis zum Herbst 1923 Kollege Pritschow war. Leider hat auch diese Einrichtung, wie so vieles andere, ebenfalls die Inflation aufgefrischt. Am Mangel finanzieller Mittel ging damals das Sekretariat des Graphischen Bundes zur Ruhe. Es ruht auch heute noch! Sonst wäre doch vielleicht wieder eher einmal zum Zusammenschluß der vier graphischen Verbände Stellung genommen worden. So kam es aber erst wieder, nachdem die Einladung der Kommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die das Organisationsproblem zur Lösung übertragen erhalten hatte, zur Äußerung über den Zusammenschluß vorlag, im Graphischen Bunde zu einer neuen Auseinandersetzung über den graphischen Industrieverband Ende des Jahres 1924. Nachdem noch einmal die Vorstände der vier graphischen Verbände zur Sache Stellung genommen hatten, wurden am 30. Dezember 1924 folgende Erklärungen über die Verschmelzung abgegeben:

Buchdruckerverband.

„Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat in einer seiner letzten Sitzungen zur Frage des graphischen Industrieverbandes Stellung genommen, ohne auf den von Kollegen Harder (Buchbinderverband, Die Red.) dem Gewerkschaftsbund eingereichten Vorschlag in seinen Einzelheiten einzugehen. Der Vorstand hat gründlich geprüft, ob eine Verschmelzung der vier Verbände gegenwärtig überhaupt möglich und tunlich erscheint. Mit Einmütigkeit hat sich der Gesamtvorstand auf den Standpunkt gestellt, daß die jetzige Form des Graphischen Bundes zunächst noch als der gegebene Boden für die weitere Zusammenarbeit der graphischen Verbände zu betrachten sei, und daß der Zeitpunkt für eine völlige Verschmelzung der Verbände noch nicht gekommen ist. Auf tariflichem Boden sowohl als auch in bezug auf die inneren organisatorischen Einrichtungen der Verbände fehlen dazu noch die notwendigen Voraussetzungen. Diese können auch in nahe bevorstehender Zeit noch nicht geschaffen werden. Zudem ist die Abneigung gegen eine Verschmelzung augenblicklich in den Mitgliederkreisen der Buchdrucker eher noch gestiegen als herabgemindert, so daß bei einer

erneuten Befragung der Mitglieder durch Urabstimmung, die sich natürlich notwendig machen würde, zweifellos mit großer Mehrheit die Verschmelzung abgelehnt werden würde. Deshalb ist der Verbandsvorstand der Ansicht, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die einzelnen Verbände ihre eigenen Aufgaben noch besser zu erfüllen vermögen. Im engen Zusammenarbeiten aller Verbände im Graphischen Bunde, dessen Tätigkeitsgebiet weiter ausgeweitet werden könnte, sieht der Verbandsvorstand zur Zeit die Interessen aller graphischen Arbeiter am besten gewahrt.“

Verband der Lithographen und Steindrucker.

„Der Verbandsvorstand der Lithographen hat gleich nach der letzten Sitzung des Graphischen Bundes noch einmal zum graphischen Industrieverband und zu dem unverbindlichen Vorschlag des Kollegen Harder Stellung genommen.“

Es ist dabei festgestellt worden, daß in der Stellungnahme des Verbandes zum graphischen Industrieverband eine Änderung nicht eingetreten ist. Der Vorstand hält deshalb nach wie vor den Zusammenschluß der vier graphischen Verbände schon jetzt für möglich. Als einziges Hindernis können wir nur den föderalistischen Charakter des Buchdruckerverbandes erkennen, da wir eine strenge zentralistische Leitung als Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken des Industrieverbandes betrachten. Die Gestaltung der Tarife sowie die Beiträge und Unterstützungen bieten in ihrer jetzigen Gestaltung kein unübersteigbares Hindernis für den Zusammenschluß.

Wir sehen in dem Zusammenschluß eine Verstärkung der Kräfte gegen die Unternehmer und auch eine Verstärkung der Kraft für die Lösung der innerorganisatorischen Aufgaben. Zum Beispiel ist die geistige Fortbildung der Betriebsräte und der Mitglieder, die Anstellung eines Wirtschaftlers, die Schaffung einer statistischen Abteilung für alle vier Organisationen einzeln unmöglich. Nach dem Zusammenschluß können aber diese Aufgaben sicher erfolgreicher gelöst werden. Als zugehörig zum Industrieverband betrachten wir:

1. die Gruppen der Bilderzeuger,
2. die Gruppen der Bildrucker,
3. die Gruppen der Hilfsindustrie des graphischen Gewerbes.

Da nach der Erklärung des Verbandsvorstandes der Buchdrucker ein Zusammenschluß in absehbarer Zeit nicht möglich ist, erklären wir uns natürlich bereit, auch im Graphischen Bunde weiter zu arbeiten, um gemeinsame Interessen zu verfolgen.“

Buchbinderverband.

„Zur Frage eines Industrieverbandes für das graphische Gewerbe und die Papier verarbeitende Industrie vertritt der Vorstand des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands auch heute noch dieselbe Auffassung, wie sie durch mehrere seiner

Verbandstagsbeschlüsse festgelegt ist und wie sie auch bei Gründung des Graphischen Bundes allseitig zum Ausdruck kam, nämlich: daß ein Industrieverband für das graphische Gewerbe und die Papier verarbeitende Industrie schon allein in Rücksicht auf die Entwicklung dieser Industriegruppen für die Interessenvertretung der in ihr tätigen Arbeiterschaft, die doch in den gewerkschaftlichen Organisationen ihren Kulminationspunkt finden muß, es gebietet, daß gelernte, angeleitete und ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen sich in den wirtschaftlich zusammengehörigen Berufs- oder Industriegruppen in einer Organisation zusammenschließen.

Der Vorstand des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands will aber nicht etwa gewissermaßen übers Knie gebrochen oder durch Zwang den Zusammenschluß herbeigeführt sehen, sondern will, daß die in Frage kommenden vier Verbände in systematischen und zielsicherem Zusammenarbeiten sich den Industrieverband selbst schaffen."

Der *Verband der graphischen Hilfsarbeiter* erklärte, daß sich an seiner Stellungnahme zum graphischen Industrieverband nichts geändert habe und seine Erklärung sich mit der des Buchdruckerverbandes decke."

Seit dieser Sitzung im Dezember 1924 hat sich an der Stellungnahme der vier graphischen Verbände zum Industrieverband nichts geändert. Die Erklärung des Buchdruckerverbandes ist das etwas verbrämte Bekenntnis zum Berufsverband. Und daß die Buchdrucker noch auf längere Zeit am Prinzip des Berufsverbandes festzuhalten gedenken, darauf weisen so viele Maßnahmen des Buchdruckerverbandes hin, daß es Selbsttäuschung wäre, achlos daran vorbei zu gehen. Es bleibt deshalb nur übrig, dem Zusammenschluß der vier graphischen Verbände das Wort zu reden und alles zu tun, ihm die Wege zu bereiten. Den Betriebsräten, wie vom Kollegen Tittel vorgeschlagen, eine Entscheidung über das Organisationsproblem im graphischen Gewerbe einzuräumen, ist mehr wie abwegig. Die Betriebsräte haben in Organisationsfragen gar nichts zu melden! Wenn in dieser Beziehung Entscheidungen zu treffen sind, haben nur die Verbandstage oder die Kollegen selbst das Wort.

Das soll auch gegenüber dem Gewerkschaftskongreß gelten. Selbstverständlich soll damit dem Breslauer Gewerkschaftskongreß nicht das Recht abgesprochen werden, den Vorstand des Gewerkschaftsbundes zu ermächtigen, auf Grund zu vereinbarenden Richtlinien etwas nachdrücklicher als bisher die Schaffung von Industrieverbänden zu empfehlen. Im Gegenteil wünschen wir das. Aber auf Grund eines Beschlusses des Gewerkschaftskongresses auch einen graphischen Industrieverband aus der Erde stampfen zu wollen, müßte auch unsere Gegnerschaft finden. Wir wollen den graphischen Industrieverband, aber nicht mit Gewalt. Da noch nicht mit positiver Sicherheit vorauszusagen ist, wie der nächste Gewerkschaftskongreß das Organisationsproblem lösen wird, und die Buchdrucker auf längere Zeit noch dem Berufsverband das Wort reden werden, bleibt dem Verbandstage nur übrig, sich erneut für die Schaffung des graphischen Industrieverbandes auszusprechen, und den Vorstand zu ermächtigen, die Idee des Industrieverbandes weiter zu propagieren, den Graphischen Bund auszubauen und alles zu tun, die organisierten graphischen Arbeiter einander näher zu bringen. So lange aber das Berufsprinzip im graphischen Gewerbe noch gilt, muß er darauf bestehen, daß die Anhänger des Berufsprinzips auch die sich daraus ergebenden Konsequenzen tragen. *Hic Rhodus, hic salta!*

Wirtschaftsprobleme.

Ein Geleitwort an die Verbandstage-Delegierten.

Von W. Landa.

II.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen für Deutschland und seine Gewerkschaften.

Wenn man nüchtern die Welt so ansieht, wie sie im vorhergehenden Abschnitt geschildert worden ist und wenn dabei immer berücksichtigt wird, daß das gigantische angelsächsische Imperium hinter der Entente steht, dann muß man jenen Politikern, die dem Deutschland mit seinen 60 Millionen Menschen und seiner ungünstigen geographischen Lage raten, man solle der Entente den Friedensvertrag oder den Dawesplan vor die Füße werfen, schon sagen, daß sie reif für eine Kaltwasserreligion sind oder ausgemachte politische Verbrecher sind.

Das Nichterkennen der Kräfteverteilung in der Welt ließ Deutschland den Krieg verlieren, denn sonst hätten viel früher die Konsequenzen gezogen werden müssen. Derselbe Fehler wurde noch einmal beim Ruhrkrieg begangen, denn jeder Einsichtige mußte vom ersten Tage an wissen, daß die Entente die Siegerin bleiben wird und alle Opfer umsonst sind.

Es sind also genug Irrtümer geschehen, als daß wir es nötig hätten, erneut politische und wirtschaftliche Fehler zum Schaden der arbeitenden Massen hinzu zu fügen.

Aus der Erkenntnis heraus, wie die Welt heute aussieht, haben auch die deutschen Gewerkschaften sich für die Annahme des Dawesplanes ausgesprochen, weil sie keine Möglichkeit sahen auf Grund der realen Machtverhältnisse die Dinge ändern zu können, und weil sie im Dawesplan eins garantiert sahen: *Die Stabilität der Währung!* Wir wissen, daß die Inflation nicht nur der Würgeengel der breiten Massen war, sondern im weiteren Verlauf der Dinge die Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte zurückgeworfen hätte. Wir wissen alle, daß erst die Stabilität den Aufstieg in den Gewerkschaften wieder ermöglicht hat. Selbst also wenn nur dieses eine Argument vorhanden gewesen wäre, so würde der ADGB, in seiner damaligen Stellungnahme in dieser Frage vor der Geschichte jederzeit bestehen können, denn er ließ sich nur vom Gesamtinteresse aller Lohnempfänger leiten, und wer will sagen, daß dies nicht seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit sei?

Mit dieser Stellungnahme war mit keinem Wort gesagt, daß dadurch vielleicht die soziale Frage gelöst sei, sondern im Gegenteil; es wurde schon damals der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Erfüllungspflichten der deutschen Wirtschaft aus dem Dawesplan die soziale Frage in ihrer ganzen Größe in Deutschland aufrufen wird. Die 2½ Goldmilliarden, die Deutschland pro Jahr an den Agenten der Reparationszahlungen zu leisten hat, sind weder in Gold, noch in Münzen oder Banknoten abzutragen, sondern sie werden in der Hauptsache in Form von deutscher Arbeit geleistet werden müssen. Hier sind wir an dem Punkt angelangt, wo der Kampf um die Verteilung der Lasten aus dem Dawesplan beginnt.

Der primitive, naive Verstand der deutschen Arbeitgeber argumentiert in dieser Frage einfach so: Infolge der 2½ Milliarden Weltleistung an die Entente ist es notwendig, daß die Produktivität der deutschen Wirtschaft erhöht wird. Dies geschieht dadurch, daß die Arbeitszeit verlängert und der Lohn herabgesetzt wird. *Primum est!*

Die ersten Anzeichen für diese Auseinandersetzungen mit dem Kapital machen sich bereits bemerkbar und werfen schon ihre Schatten voraus. Daher geht man nicht fehl, wenn man die Behauptung aufstellt, daß der Kampf um die Verteilung der Lasten, abgesehen von den Steuer-, Zoll- und sozialen Gesetzgebungsfragen im Parlament, ihren Ausdruck finden wird in den beiden Kristallisationspunkten:

Achtstundentag und Lohnhöhe.

Um diese beiden Punkte werden sich die großen Kämpfe in der deutschen Wirtschaft drehen und wehe den deutschen Gewerkschaften, wenn sie nicht gerüstet dem deutschen Unternehmertum gegenüber stehen.

Wir können als Gewerkschafter dem Ansinnen der Unternehmer aber nicht nur die billige Negation entgegen stellen, sondern wir müssen als ernster Faktor in der deutschen Wirtschaft unsere Lösung dieses Problems gegenüberstellen.

Gestützt auf unsere Kenntnisse von der Machtverteilung in der Welt, war die deutsche Wirtschaft gezwungen den Dawesplan anzunehmen. Die Wertleistung von 2½ Milliarden pro Jahr verlangt eine erhöhte Produktion der deutschen Wirtschaft. Diese kann und muß erreicht werden durch die Einführung vereinfachter Arbeitsmethoden, Umorganisation der Wirtschaft überhaupt und der Betriebe insbesondere und vor allem Verbesserung und Vervollkommnung der Produktionsmittel, d. h. der Maschinen und Werkzeuge. Mit einem Wort, der Stand der zurückgebliebenen deutschen Wirtschaft muß auf die technisch vollkommene Höhe der übrigen, insbesondere außereuropäischer Wirtschaften gebracht werden.

Durch solche Maßnahmen wird nicht nur allein die Produktion der deutschen Wirtschaft erhöht, sondern auch die Qualität der deutschen Ware wird bis zur höchsten Vollendung gesteigert werden können und es wird uns möglich sein, einen Teil des verloren gegangenen Marktes wieder zurück zu gewinnen. Wenn dann noch günstige Handelsverträge abgeschlossen werden, dann wird die Erfahrung lehren, in wie weit die deutsche Wirtschaft in der Lage sein wird, ihre übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Schon die Gegenüberstellung der beiden Lösungen dieses Problems zeigt die Gegensätzlichkeit zwischen Kapital und Arbeit auf und führt uns den Kampf um die Verteilung der Lasten drastisch vor Augen. Die deutschen Gewerkschaften sind berufen, die Führung in diesem Kampf zu übernehmen, um die deutschen Lohnempfänger vor den schwersten wirtschaftlichen Schäden zu bewahren.

Ihre Forderungen ergeben sich aus dem Sachverständigen-Gutachten, denn dort heißt es:

„Bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen darf die wirtschaftliche Lage der deutschen arbeitenden Schichten nicht niedriger sein, als die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Schichten in den Ländern der Entente“. Darum stehen wir voll und ganz auf dem Boden der Gutachten wenn wir verlangen:

Achtstundentag und Kulturlohnhöhe.

Wenn wir außerdem berücksichtigen, daß damit der Aufgabenkreis der Gewerkschaften noch lange nicht erschöpft ist, sondern, daß ihnen durch die Ereignisse die Verpflichtung überwiesen wurde in der Wirtschaft als Vertreter der Arbeit dem Nurprofitinteresse der Unternehmer gegenüber aufzutreten und demzufolge auch die Steuer-, Zoll- und Sozialgesetzgebung zu beeinflussen, dann ist mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Gewerkschaften nicht nur allein ihre Aufgabe in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erblicken dürfen, sondern daß ihr Interesse in der gesamten Wirtschaft und im gesellschaftlichen Leben des Staates selbst liegt.

Ihre nächstliegenden Ziele liegen in der Lösung des Produktionsproblems durch eine im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft möglichen Wirtschaftsdemokratie und darüber hinaus müssen die Gewerkschaften alle Kräfte für die endgültige Umformung der Privatwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft einsetzen.

Gegen das Steuerrecht.

Der derzeitige Finanzminister, Dr. v. Schlieben, hat vor einiger Zeit dem Reichstag durch eine Etatrede vorsichtig in die voraussichtlichen Reicheinnahmen für 1925 Einblick gewährt, wie sie sich nach der Annahme der von ihm vorgelegten 11 Steuergesetzentwürfe ergeben werden. Im Vergleich zum abgelaufenen Steuerjahr ergab sich dabei, daß nach der Schliebenschen Berechnung die Besitzsteuern in der Zeit vom 1. April 1925 bis Ende März 1926 für sich allein nur 3¼ Milliarden Mark weniger erbringen sollen als im abgelaufenen Steuerjahr. Das ist die Steuererminderung zugunsten des Besitzes, die heute zugeben wird! Die Zölle und Verbrauchssteuern sollen nach der Schätzung des Reichsfinanzministers im laufenden Steuerjahr eben so viel erbringen wie im abgeschlossenen Fiskaljahr. Dazu kommen nach seinen Angaben aber 338 Millionen Mark Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Weiter hat Herr v. Schlieben verschwiegen, daß nach dem Wunsch seiner Freunde und nach seiner eigenen Absicht im laufenden Steuerjahr eine gewaltige Zollmauer um Deutschland gezogen werden soll. Daneben bleiben aber, wenn die 11 Steuergesetzentwürfe Gesetz werden, die Verkehrssteuern, die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer aus Lohn- und Gehaltsabzug in ihrer alten Höhe bestehen. Das sind die Steuerausichten, die den Arbeitnehmern blühen.

Aus den erwähnten Gründen ist es erfreulich, daß die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände gerade zur rechten Zeit für ihre Funktionäre eine 120 Seiten umfassende Materialarbeit „Gegen das Steuerrecht!“ erscheinen lassen. Sie ist das Ergebnis eingehender Untersuchungen der Steuerkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Die Arbeit erscheint im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstr. 6.

Mit dieser Arbeit nehmen die freien Gewerkschaften zu den Steuerfragen grundsätzlich Stellung. Damit haben sie es aber nicht genügen lassen. Neben einer Darstellung der deutschen Steuergeschichte von 1871 bis 1924 und einer eingehenden positiven Kritik des Reichetats sind die sämtlichen 11 Steuergesetzentwürfe der Reichsregierung bis in ihre letzten Einzelheiten gründlich untersucht und kritisch behandelt. Dazu kommt noch eine Erläuterung der positiven Forderungen der freien Gewerkschaften.

Der Gewerkschaftsfunktionär, aber auch die in der Parteiarbeit Tätigen werden aus dem Untersuchungsmaterial der Steuerkommission der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände reiche Anregung gewinnen.

Die Steuerbrochüre gibt auf alle Fragen der Steuerwirtschaft Auskunft. Die Spezialisten für Steuerfragen der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände, wie Tarnow, Backert und Grunzel vom ADGB., Heinig und Dr. Pfirrmann vom AfA-Bund und Dr. Völter vom ADB., daneben aber auch der Prof. Hirsch, Staatssekretär a. D., haben in Sonderarbeiten zu den 11 Steuergesetzentwürfen des Kabinetts Luther-v. Schlieben Stellung genommen.

Die derzeitigen Regierungsmächte glauben, daß sie ihre Geschäfte auf dem Rücken der breiten Masse machen dürfen, und daß diese selbst dabei ruhig bleibt. Die Steuerbrochüre der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände zeigt, daß sich die reaktionären Mächte auch in dieser Hinsicht geirrt haben. Wie wir erfahren, ist jene Arbeit nichts anderes als das Grundmaterial zu einer großen Aktion der freien Ge-

werkschaften. Durch ganz Deutschland sollen die Gewerkschafter zum Kampf gegen die sogenannte Steuerreform, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als der Versuch der endgültigen Festlegung der allgemeinen Volksbelastung zugunsten des Besitzes, aufgerufen werden! Es ist zu begrüßen, daß auch auf diese Art gezeigt wird, in welcher raschem Ausmaße die Widerstandskraft der Gewerkschaften gewachsen ist, zumal das Unternehmertum sowieso schon meint, daß die Reichsregierung, wie in früheren Zeiten, das zu tun habe, was ihren Interessen dienlich erscheint.

Die Botschaft hör' ich wohl, doch mir fehlt der Glaube.

In Nr. 25 der „Graphischen Presse“ brachten wir einen Bericht über die Verhandlungen der Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer am 24. Mai und erwähnten, daß als besonders wichtige Abänderung der Satzungen die „aufgenommene Verpflichtung, bei Neueinstellung von Gehilfen beim letzten Arbeitgeber über die Höhe des zuletzt bezogenen Lohnes und über die Rechtmäßigkeit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses Rückfrage zu halten“, bezeichnet wurde. Da auch wir jeder unrechtmäßigen, d. h. untariflichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses entgegengetreten, gleichviel ob sich Gehilfen oder Unternehmer dieses Vergehens schuldig machen, nahmen wir zur Stellung zu der satzungsgemäßen Unternehmerverpflichtung, bei Neueinstellung von Gehilfen beim letzten Arbeitgeber über die Höhe des zuletzt bezogenen Lohnes Rückfrage zu halten und schlüßfolgerten: „Wir sind gespannt, welches Gesicht die Unternehmer aufsetzen werden, wenn die Folgen das erste Mal zur Aussprache stehen werden, die sich notwendigerweise aus dem Beschlusse ergeben müssen, Gehilfen nur zu dem Lohn einzustellen, den sie in ihrer letzten Stellung bezogen haben.“ Gegen diese Schlüßfolgerung wendet sich der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer in einem Berichtigungsschreiben, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß die Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer niemals einen Beschluß gefaßt hat, Gehilfen nur zu dem Lohn einzustellen, den sie in ihrer letzten Stellung bezogen haben und daß dies auch nicht im geringsten aus dem im Verbandsorgan „Deutsches Steindruckergewerbe“ erschienenen Bericht über den Verlauf der Mitgliederversammlung, auf den wir uns bezogen hatten, herausgelesen werden kann.

Wir geben dieser Berichtigung selbstverständlich gern Raum und freuen uns darüber, daß der Schutzverband Verwahrung dagegen einlegt, daß die von uns im Wortlaut gebrachte Satzungsänderung als Mittel zum Lohndruck betrachtet worden ist. Anlaß hatten wir dazu; denn Herr Wolff hatte vorher, genau wie bei den Tarifverhandlungen, in ziemlich deutlicher Weise gegen das Streben der Gehilfen Stellung genommen, die Löhne auf eine die Existenz gewährende Höhe zu bringen. Wie uns nun versichert wird, soll der Zwang zur Einholung von Auskunft für die Unternehmer nicht den Zweck haben, bei Stellungswechsel den geforderten Lohn herabzudrücken. Wir nehmen das gern zur Notiz, haben aber den Wunsch, daß in gleicher Weise auch die Unternehmer im Lande über die Auslegung dieser Satzungsbestimmung vom Schutzverband unterrichtet werden, damit jegliche Meinungsverschiedenheiten von vornherein unterbunden werden. Denn die Annahme liegt zu nahe, und die bestehenden Verpflichtungsscheine haben zweifellos dieser Praxis schon den Boden bereitet, daß die Satzungsbestimmung will, einem stellwechselnden Gehilfen keinen höheren Lohn zu zahlen, als er ihn in seiner letzten Stellung bezog. Das will der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer aber nicht! Die Kollegen mögen das gebührend zur Kenntnis nehmen und jeden Unternehmer darauf verweisen, der die neue Satzungsbestimmung so auszulegen beliebt, wie wir zuerst annahmen, daß sie auszulegen sei.

Nochmals: So wird das Kunst- druckgewerbe nicht gefördert.

Zu unserem Artikel unter obiger Überschrift in Nr. 25 unserer „Graphischen Presse“ sendet uns Herr Max Breslauer (Leipzig) ein Schreiben, worin er zunächst behauptet, wir hätten durch denselben zwei Fabrikationszweige in den Schmutz gezogen und dadurch der gesamten Branche Schaden zugefügt. Anscheinend in einem Betriebe vorkommende Zustände dürfe man nicht verallgemeinern, um eine gesamte Industrie zu verleumdern. Herr Breslauer behauptet, der Artikel zeuge von vollständiger Unkenntnis auf dem Gebiete der Kunst- druck-Industrie, denn tatsächlich käme für die Verarbeitung nur erster Qualitätskarton in Frage. Unsere Angaben, daß die nicht auf der Höhe stehende Qualität der Leistungen die Firmen exportunfähig mache, dürfte mit Leichtigkeit

zu widerlegen sein, da Bromsilberkarten tatsächlich immerhin noch beträchtlich ausgeführt würden. Allerdings dürften unsere Preise im Ausland, schon in absehbarer Zeit nicht mehr konkurrenzfähig sein, denn der Export erfolge heute schon zu nahezu Verlustpreisen. Die Gehälter der Gehilfen seien seit Januar 1924 weit mehr als das Doppelte gestiegen, während die Preise für Bromsilberdruck nicht um einen Pfennig heraufgesetzt wurden, sondern vielfach durch Preisunterbietungen, auch ganz besonders im Ausland, noch ermäßigt wurden. Damit wir über die Qualität unterrichtet seien, teilt Herr Breslauer mit, daß sein englischer Vertreter sich dahin äußerte „die gelieferten Karten sind das Beste, was ich bisher auf dem englischen Markt gesehen habe.“ Dann verweist er auf die Notiz, die durch die Fachpresse gegangen ist, wonach seine Firma Neu- und Ausbau der Bromsilber- abteilung vorgenommen habe. Er sei fest überzeugt, daß es eine ganze Anzahl Bromsilber- druckanstalten gebe, die in letzter Zeit Neuschaffungen gemacht haben. Zum Schluß glaubt Herr Breslauer, daß wir mit solchen Urteilen über eine Branche, der Gehilfenschaft schaden würden, weil auch Gewerkschaftsblätter, wenn auch auf Umwegen, Ausländern zu Gesicht kommen.

Herr Breslauer verlangt nicht etwa eine Berichtigung, sondern er schiekt uns nur das Schreiben mit obigem, etwas verkürzt wiedergegebenen Inhalt. Für die Gesamtheit der Firmen hat wohl Herr Breslauer auch keine Vollmacht zu schreiben. Trotzdem halten wir es für angebracht, an dieser Stelle darauf einzugehen. Denn durch das Schreiben des Herrn Breslauer werden Äußerungen einiger Firmen, die wir ohnedies schon, als sie das erste Mal gemacht wurden, für unwahr hielten, wiederlegt. Schon vor mehr als zwei Jahren wurde uns bei Lohnverhandlungen bedeutet, daß die deutschen Fabrikate mit den ausländischen im Preise nicht mehr konkurrieren könnten und nun ist nach Herrn Breslauer dieser Zeitpunkt erst jetzt gekommen. Wir bedauern, Herrn Breslauer als Verteidiger der von uns gemeinten Berliner Firmen zu sehen, zumal wir selbst niemals daran dachten, den Betrieb des Herrn Breslauer mit diesen in eine Front zu stellen. Nun noch zu den anderen Behauptungen des Herrn Breslauer.

Der Artikel kann nicht aus Unkenntnis geschrieben sein, denn die genauen Angaben wurden, wie auch schon in dem Artikel selbst gesagt, von in den Betrieben tätigen Gehilfen gemacht, dabei bleibt es sich ganz gleich ob es sich um Bromsilberkarton oder Papier handelt, denn beide werden für Karten oder Reklame in einer Anzahl Betriebe verarbeitet. Die weitere Behauptung, die Leistungen seien nicht zurückgegangen, wurde ebenfalls zuerst von einigen Firmen bei Lohnforderungen aufgestellt. Andererseits möge Herr Breslauer Berliner Friedensfabrikate vor 1914 mit jetzigen einmal vergleichen.

Ferner haben wiederholt einige Firmen ebenfalls bei Lohnforderungen erklärt, sie könnten nicht höhere Löhne zahlen, weil die Konkurrenz die Karten viel billiger liefert; warum aber könnten diese billiger liefern, weil sie Ausschubpapiere bzw. -karton verarbeiten. Weiß denn Herr Breslauer wirklich nichts von verschiedener Wahl von Papieren und Karton. Daran ändert auch nichts, wenn Herr Breslauer glaubhaft versichert, sein englischer Vertreter habe seine Karten als das zur Zeit Beste auf dem englischen Markt bezeichnet. Im Gegenteil, da Herr Breslauer doch nicht allein mit seinen Fabrikaten auf dem englischen Markt erscheint, müssen also die der anderen deutschen Firmen nicht eben so gut sein?

Die Angabe, daß der Lohn heute doppelt so hoch sei, wird zugegeben, damit soll doch wohl nicht gesagt werden, daß er heute zu hoch ist. Wohl aber war er damals, Anfang 1924, zu niedrig; und was müssen demnach die Unternehmer damals verdient haben, wenn die Preise für die Karten heute noch dieselben sind?

Es ließe sich noch manche der Ausführungen zerpflücken, aber das bisher Gesagte mag genügen. Wenn die Verbitterung unter den Berliner Kollegen nicht so groß wäre, und wenn die Unlust gerade der Gehilfen, die die Dinge schon geraume Zeit beobachten, nicht behoben werden müßte, wären wir nicht so deutlich geworden. Wir hielten es für notwendig und gut, klar zu sagen, was ist, damit Abhilfe geschaffen werden soll.

Auch dem Ausland gegenüber soll man nichts verschweigen. Oder glaubt man wirklich, damit einem einzelnen Zweig der Industrie zu dienen, wenn man dauernd vor Mißständen die Augen verschließt?

Warnung für Reiselustige!

Im letzten Druckereianzeiger sucht die Firma Fernando Hackardt wieder Personal für eine Druckerei in Sao Paulo. Die verschiedenen Anfragen, die in letzter Zeit gekommen sind, veranlassen uns, die reiselustigen Kollegen auf die zur Zeit in Sao Paulo herrschenden Verhältnisse aufmerksam zu machen.

Im Jahre 1913-14 zählten die Firmen in den südamerikanischen Städten, an von Deutschland bezogenen Arbeitskräften neben der freien Reise ein Monatsgehalt von nicht unter 500 Milreis. Ein Milreis war 1913-14 nach deutschem Gelde 1,50 Mk. Gegenwärtig werden von den Firmen 500 Milreis geboten. Nach uns gewordenen Mitteilungen ist ein Milreis heute 48 Pfennige wert. Die Lebensbedingungen sind heute dreimal so teuer wie vor dem Kriege. Dieses wird uns auch von einem Kollegen bestätigt, der dieser Tage von dort zurückgekommen ist.

Bei dem gegenwärtigen Stand des Milreis bedeuten 500 Milreis weniger an Lohn wie heute jeder tüchtige Drucker in Deutschland verdienen kann. Um einen solchen Lohn zu bekommen brauchen unsere deutschen Kollegen wirklich nicht nach dem Ausland zu gehen, wo sie unter Verhältnissen arbeiten müssen, die in luginischer und sanitärer Beziehung jeder Beschreibung spotten.

Wir können unsere Kollegen nicht dringend genug warnen, solange jedes Angebot nach dem Auslande abzulehnen, bis die Firmen sich dazu aufgeschwungen haben, wieder annehmbare Löhne zu zahlen. L. Ulrich (Hamburg).

Zureise nach Danzig.

Die Danziger Kollegen ersuchen uns, folgendes der Kollegenschaft zur dringenden Beachtung bekannt zu geben:

Die Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen über die Ausweise bei der Zureise nach Danzig gibt uns Veranlassung, nachstehende Hinweise zur Kenntnis der Kollegen zu bringen:

1. Zur Einreise in das Gebiet der Freien Stadt Danzig benötigen Reichsdeutsche mit ständigem Wohnsitz westlich des Polnischen Korridors eines Auslandspasses.
2. In Ostpreußen ständig wohnend: Reichsdeutsche bedürfen nur eines Personalausweises.
3. Wird die Einreise nach Danzig mit der Bahn über Dirschau bzw. Neustadt, d. h. unter Berührung polnisches Gebietes, ausgeführt, so ist außerdem das polnische Durchreisvisum vom zuständigen Konsulat einzuholen. Für alle übrigen Verbindungen mit Danzig: Seediener, Ostpreußen, Luftverkehr, Kleinbahn von Marienburg über Tiegenhof, Dampf- und Motorbootsverkehr ab Marienburg, Elbing, Pillau, Königsberg i. Pr., ist das polnische Visum nicht erforderlich.

4. Reisende, die von Danzig nach Ostpreußen reisen, brauchen beim Betreten ostpreußischen Gebiets keinen Paß, dagegen Personalausweis. Erfolgt die Zureise von Danzig über Dirschau nach Ostpreußen, ist Paß und polnisches Visum notwendig.

5. Die Einreise nach Danzig kann auch mittels Dampfer von Stettin oder Swinemünde (Seediener Ostpreußen) erfolgen. Der Dampfer kehrt ab Swinemünde nach Neufahrwasser oder Zoppot (Danzig), am Montag und Donnerstags, in ungekehrter Richtung am Mittwoch und Sonnabend. Bei Benutzung dieser Verbindung brauchen die Reisenden keinen Paß, müssen aber im Besitz eines Personalausweises sein, ohne den ihnen das Betreten des Gebiets der Freien Stadt Danzig verwehrt wird. Von Zollrevisionen oder sonstigen Gebühren sind die Reisenden bei Benutzung des Seeweges verschont.

Wir ersuchen reisende Kollegen vorstehende Bestimmungen auf das genaueste beachten zu wollen, denn nur dann bleiben Schwierigkeiten verspart.

Kollegen, die in Danzig Stellung annehmen wollen, sind verpflichtet, vor Abschluß eines Arbeitsvertrages bei dem in Frage kommenden Auskunftsleiter Artur Hübler in Danzig, Karpfenseigen 26, Auskunft einzuholen.

Kongreß des Internationalen Lithographenbundes.

Der nächste Kongreß des Internationalen Bundes der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe wird vom internationalen Sekretär für die Tage des 7. und 8. August d. J. nach Köln einberufen. Zur Tagesordnung steht neben „Verschiedenem“ und einem technischen Vortrag des Kollegen Roelofs (Holland), die Besetzung und Bedienung von Offsetmaschinen sowie die Stellungnahme des Internationalen Bundes hierzu.

Der Wunsch besteht schon länger, einen Internationalen Kongreß abzuhalten. Daß er gerade kurz vor unserem Verbandstag berufen wird, ist weniger angenehm zu hören. Wir hätten es lieber gesehen, wenn der Internationale Lithographenkongreß nach unserm Verbandstage zusammengetreten wäre. Denn der Verbandstag wird auch zur Berufsinternationale Stellung nehmen müssen, um die vorliegenden Anträge verabschieden zu können. So kommt die Stellungnahme unseres Verbandstages, der zwei Tage später seine Beratungen aufnimmt, post festum. Das wird bei den Verbandstagsdelegierten nicht gerade Freude auslösen. Der deutsche Delegierte im Exekutivkomitee hat des-

halb dringend geraten, den Internationalen Kongreß erst nach unserm Verbandstag zu berufen, ist aber mit seiner Ansicht unterlegen. Die Mehrheit im Exekutivkomitee hat die Berufung des Internationalen Kongresses für den 7. und 8. August beschlossen. Damit müssen wir uns abfinden. Aufgabe des Verbandsvorstandes wird es nun sein, für eine entsprechende Vertretung unseres Verbandes auf dem Internationalen Lithographenkongreß zu sorgen. Sobald der Bericht des Internationalen Bundes vorliegt, werden wir noch näher auf diese Tagung eingehen.

Internationale Kampfreue.

Wie in Belgien steht auch die Kollegenschaft Luxemburgs in einem Tarifkampfe. Der Luxemburger Buchdruckerverein, dem unsere luxemburgischen Kollegen, Lithographen, Steindrucker und Chemigraphen, angehören, hatte vor vier Jahren einen Tarif abgeschlossen, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen regelte. Dieser Tarif ist von den Unternehmern zum 30. Juni d. J. gekündigt worden und läuft ab, sofern nicht eine neue Verständigung zustande kommt. Geführte Verhandlungen zum Zwecke der Verständigung ließen die Hoffnung auf Gehilfen-seite zu, daß es wieder zum Abschluß eines Tarifes kommen werde, aber in den letzten Tagen erklärten die Unternehmer, daß alle Forderungen unserer Kollegen, die sich in sehr bescheidenen Grenzen hielten, abgelehnt werden müßten und nur Geneigtheit bestände, den alten Tarif weiter in Geltung zu lassen. Die weiteren Verhandlungen sind durch diese Stellungnahme der Unternehmer natürlich sehr erschwert. Da die Gehilfen kaum darauf eingehen können, überholte Tarifbestimmungen noch weiter berufliches Gesetz sein zu lassen, muß bei weiterer Ablehnung der minimalen Gehilfenwünsche durch die Unternehmer mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß am 1. Juli die graphische Arbeiterschaft Luxemburgs die Arbeit einstellt. Der Sekretär des Internationalen Lithographenbundes sperrt deshalb das luxemburgische Arbeitsgebiet für alle graphischen Arbeiter, bis dieser Tarifstreit ausgetragen ist. Wir halten es für selbstverständlich, daß die über Luxemburg verhängte Sperre von allen

deutschen Kollegen beachtet und so lange keine Arbeitsverpflichtung mit einem luxemburgischen Unternehmer abgeschlossen wird, bis der Tarifstreit ausgetragen ist. Deshalb nochmals: *Luxemburg ist bis auf weiteres für jeden Zuzug graphischer Arbeiter gesperrt!*

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz.

Der Vorstand des ADGB. hat zum 6. und 7. August d. J. die 3. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit nach Hamburg einberufen. Die Tagesordnung lautet:

1. Unsere Jugendarbeit seit dem Leipziger Kongreß. (Berichterstatte Walter Maschke ADGB.)
2. Jugend und Beruf. (Referent: Ernst Niekisch, Deutscher Textilarbeiterverband.)
3. Gewerkschaften und Berufsschule. (Referent: Paul Koske, Berlin.)
4. Die Berufsausbildung in der Gesetzgebung.
 - a) Der neue Gesetzentwurf. (Referent: Richard Timm, Deutscher Holzarbeiterverband.)
 - b) Die praktische Mitwirkung der Gewerkschaften an der Regelung der Lehrverhältnisse. (Referent: A. Fülle, Deutscher Buchdruckerverband.)

Die Konferenz soll eine Tagung von sachkundigen Gewerkschaftern werden, die besonders für die Jugend tätig sind. Die Vorstände der Zentralverbände sowie die Bezirksausschüsse des ADGB. sind durch Rundschreiben zur Entscheidung von Vertretern aufgefordert worden. Ortsausschüsse und örtliche Verbands-Jugendabteilungen haben sich, wenn sie die Konferenz beschicken wollen, an ihren Bezirksausschuß des ADGB. bzw. an ihren Verbandsvorstand zu wenden. Die Anmeldung der Teilnehmer soll durch diese Stellen bis zum 10. Juli beim ADGB. erfolgt sein.

Die Kosten für örtliche Vertreter sind von den sie entsendenden Organisationen selbst zu tragen.

Vom Büchertisch.

Politische Kaffeehäuser. Von Heinrich Cunow. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis Ganzleinen 2,50 Mk.
Heinrich Cunow - einer der besten Kenner dieses geschichtlichen Stoffes - hat uns einen ausgezeichneten neuen Beitrag zur Geschichte der großen französischen Revolution geliefert. In seiner Buehlein "Politische Kaffeehäuser", das den Untertitel führt: "Pariser Silhouetten aus der großen französischen Revolution" gibt er weit mehr, als der interessante Buchtitel ohnehin erwarten läßt. Das ist nicht löte Geschichte, die an Außerlichkeiten, Daten und Zahlen klebt. Lebendigstes Weben und Werden jener aufgewühlten Zeit steigt vor uns auf. Wir fühlen uns mitten im demokratisch verfassten in die debattierenden Gruppen und politischen Klubs von Paris. Wir lernen die energische politische Propaganda kennen, die in den berühmten Kaffeehäusern in Paris getrieben wird. Die jungen, revolutionären Intellektuellen, die dort verkehren lesen den Gästen die täglich in Masse erscheinenden Flugschriften vor, erläutern ihnen, so gut sie es können, deren Inhalt und knüpfen mit ihnen politische Gespräche an. Manche, die Rednerart besitzen, halten auch gelegentlich an den Straßenecken oder in den stets von Neugierigen besuchten Gärten des Palais Royal politische Ansprachen. Das Entstehen der politischen Klubs und Parteien können wir verfolgen, und all die großen Tribunen der Revolution, die wir aus der Geschichte kennen, begegnen uns in den Gärten des Palais Royal, in den Jakobiner-Cafés und im Café Corazza. Selbst Napoleon Bonaparte hat zu Beginn seine Laufbahn, um sich hervorzutun, abends im Café Corazza öffentliche Reden gehalten. Die Geschichte der Pariser Kaffeehäuser wird zu einem Stück Geschichte der französischen Revolutions-Parteien, und wir können den Weg manches führenden Kopfes der Revolution verfolgen.

Das törichte Herz. Von Paul Zech. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68. Preis Ganzleinen 5,25 Mk.

Paul Zech hat ein neues Buch herausgestellt, das der Verlag ungemein adäquat ausstufte. Dieses Buch ist etwas mehr als ein Meilenstein auf dem Wege der Entwicklung des Dichters, denn es führt uns den Erzähler Zech in einer ganz seltenen Reife und Reife vor. "Das törichte Herz" benennt er die vier Geschichten, aus deren Stoff und Form mehr, viel mehr spricht, als man sich bequemem wird, zuzugeben.

Der kleine Brockhaus. Handbuch des Wissens. 2. Lieferung. Verlag Brockhaus, Leipzig.
Ein reichhaltiger, wissenschaftlicher wohlgeordneter Speisekarte, noch dazu in Farben, schmückt mit einer Reihe anderer hochinteressanter Tafeln und Karten die erscheinende zweite Lieferung des kleinen Brockhaus, Handbuch des Wissens in einem Band. Die beiden Tafeln Nahrungsmittel sind dadurch besonders wertvoll, daß sie die wichtigsten Bestandteile der menschlichen Nahrung nach ihrer Zusammensetzung aus Grundstoffen, ihrem Kaloriengehalt und, als etwas ganz Neues, auch den Gehalt an Vitaminen in einer ungemein übersichtlichen graphischen Darstellung zeigen. Die Vitamine sind, wie man neuestens kennengelernt hat, für die Erhaltung des menschlichen Lebens außerordentlich wichtig und dürfen in der Nahrung nicht fehlen. Die fünf Textbogen der zweiten Lieferung bringen das Ende des "Bolschewismus" und schließen mit dem Stichwort "Druck"; sie umfassen über 300 Textbilder und wertvolle Übersichten, wie Botanik, Buchhaltung, Chemische Elemente; sie alle beweisen, daß der kleine Brockhaus ein wertvolles Hilfsmittel ist, das alle in unserer Zeit erforderlichen Kenntnisse in nutzbarer gedrängtester Form vereinigt.

**Autoätzer
Positivretuscheure
Farbenätzer**
allererste Kräfte, gegen entsprechende Bezahlung bei dauernder Stellung suchen
Dr. v. Löbbecke & Co., Erfurt.

**Tüchtiger
Steindruckmaschinenmeister**
im Landkartendruck besonders erfahren, zum sofortigen Eintritt in angenehme Dauerstellung gesucht. Angebote mit Druckproben an
Joh. Roth sel. Ww., München, Karlstraße 53.

Blechdruckmaschinenmeister
tüchtiger, in Dauerstellung gesucht
Braunschweigische Blechwarenfabrik G. m. b. H., Braunschweig, Postfach 254, Frankfurter Str. 2.

**1a Reproduktions-Photograph
sowie
Erstklass. Maschinen-Retuscheure**
zum möglichst sofortigen Eintritt in angenehme, gutbezahlte Dauerstellung gesucht.
Nur erste Kräfte wollen sich melden
Chemigraphische Kunstanstalt Ludwig Fein, Klischeefabrik, Köln a. Rh., Johannisstraße 48.

**Lithographen, Umdrucker
und Maschinenmeister**
Ledige bevorzugt.
Fr Ewers & Co., A.-G., Blechballagenfabrik, Lübeck.

**Sofort gesucht:
Farben-Ätzer, Strich-Ätzer
Retuscheure
Chromo-Lithographen**
die für Offset-Reproduktion schon gearbeitet haben, bei gutem Lohn und Dauerstellung. Angebote an
Ewald Steinmetz & Co., Hannover. Gegründet 1880.

**Wir suchen einige tüchtige
Farb- und Schwarzätzer**
in Dauerstellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Angebote an
Gustav Dreher, Württ. Graph. Kunstanstalt G. m. b. H., Stuttgart, Immenhoferstraße 23.

**Tüchtiger Reproduktions-Photograph
Schwarzätzer, Nachschneider sowie ein
Chromo-Lithograph für Offset**
sofort oder später in angenehme Dauerstellung gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen erbeten an
J. C. F. Pickenhahn & Sohn A.-G., Chemnitz.

**Wir suchen zum sofortigen Antritt in dauernde, angenehme Stellung
1a Maschinen-Retuscheure
Strich- und Auto-Ätzer
sowie Farben-Ätzer**
Offerten erbiten wir schriftlich unter Angabe von Gehaltsanspr. und Antrittstermin an
Graphische Kunstanstalt Hinkel & Co., Leipzig-Schönefeld, Schmidt-Rühl-Straße 36.

**Umdrucker für Zink u. Stein
sowie Autoätzer**
sofort gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften an
Graphische Kunstanstalt Richard Müller, Chemnitz.

Steindruckmaschinenmeister
für bess. Chromodruck, erste Kräfte, in dauernde und angenehme Stellung sofort gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten
Moritz Preacher Nachf. A.-G., Leipzig-Leutzsch.

**Junger
Galvano-
plastiker**
der einen mittleren Betrieb selbständig leiten kann, in dauernde, angenehme Stellung gesucht.
Chemigraphische Kunstanstalt Kraushaar & Bräutigam, Planau a. M., Frankfurter Straße 6.

**Photo-
Lithograph**
sofort in dauernde Stellung gesucht
F. A. Brockhaus, Leipzig
**Perfekter
Strich- und
Auto-Ätzer**
per sofort gesucht.
Offsetdruckerel G. m. b. H., Gletwitz.

**Ich suche einige tüchtige
Auto- und Strichätzer
1 Ätzer f. Maschinenschilder
1 Xylographen**
sofort in angenehme Dauerstellung.
A. Jülich, Chemnitz.

**Fachliteratur!
DER PRAKTISCHE
UMDRUCKER**
von Bernhard Enders
Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,-. - O.-Mant-Verlag Conrad Müller, Schkeuditz